

Ausschuss für Planen, Bauen und Umwelt	
2016-2020	Nr. 09

Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Planen, Bauen und Umwelt der Gemeinde Jade am 05.12.2017, 18:00 Uhr im Walter-Spitta-Haus Jade, Kirchweg 5 in 26349 Jade.

Anwesend: Der Ausschussvorsitzende Ulrich van Triel sowie die Ausschussmitglieder Michael Rettberg, Knut Brammer, Finn Hanke und Jörg Schröder

Bürgermeister Henning Kaars
FBL Andreas Pöpken (zugleich Protokollführer)

Gäste: sowie ca. 3 Zuhörer

Presse: Herr Tietz (Friebo)

Nicht anwesend: -

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit des Ausschusses für Planen, Bauen und Umwelt sowie der Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende (AV) van Triel eröffnete die Sitzung, begrüßte alle Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Einberufung sowie Beschlussfähigkeit fest.

Herr Schröder bat um Informationen zur Benutzung der Kirchenstraße in Schweiburg durch große Fahrzeuge. BM Kaars schlug vor, dazu unter TOP 4 – Bericht der Verwaltung Stellung zu beziehen. AV van Triel bat darum, die Thematik auf die Tagesordnung der nächsten Fachausschusssitzung zu setzen.

Anschließend stellte AV van Triel Tagesordnung fest.

2. Genehmigung der Niederschriften über die Sitzung vom 02.11.2017 sowie der Bereisung vom 27.11.2017

Die Niederschriften über die Sitzung des Ausschusses vom 02.11.2017 sowie der Bereisung vom 27.11.2017 wurden einstimmig genehmigt.

3. Einwohnerfragestunde

Es wurden keine Fragen gestellt.

4. Bericht der Verwaltung

BM Kaars berichtete:

- Der Bauantrag für die Krippe Schweiburg liege dem Landkreis Wesermarsch vor. Die Ausschreibung der Maßnahme solle zu Jahresbeginn 2018 erfolgen.
- Die Wartehäuser beim Buswendeplatz würden seit heute aufgebaut. Dies solle bis zum 15.12.2017 abgeschlossen sein. Der Abschluss sei wichtig für die Förderung der Maßnahme.
- Zur Thematik Kirchenstraße habe er Gespräche mit Landwirten geführt. Darin wurde vereinbart, dass zu Jahresbeginn 2018 ein gemeinsamer Termin mit den Landwirten und den Anliegern stattfinden solle.
- Für den Bahnhofpunkt Jaderberg fordere das Eisenbahnbundesamt entgegen den bisherigen Absprachen und auch entgegen dem Willen der übrigen Beteiligten ein Planfeststellungsverfahren. Die DB Station & Service als Projektträger müsse dieses nunmehr durchführen lassen. Durch dieses zusätzliche Verfahren käme es zu zeitlichen Verzögerungen. Auf Nachfrage von Herrn Brammer berichtete BM Kaars, auch das Eisenbahnbundesamt sei im Vorfeld beteiligt gewesen. Es werde darauf verwiesen, dass die Verfahren gerichtsfest seien müssten. Betroffen seien in Niedersachsen 9 Stationen.

5. Beratung und Beschlussempfehlung über die Auslegung der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 43 „P&R-Anlage Bahnhofpunkt Jaderberg“

Beschluss:

Der Ausschuss für Planen, Bauen und Umwelt empfahl dem Verwaltungsausschuss der Gemeinde Jade einstimmig, die der Beschlussvorlage beigefügten Bauleitplanunterlagen zur 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 43 „P&R-Anlage Bahnhofpunkt Jaderberg“ frühzeitig gem. § 3 Abs. 1 BauGB auszulegen.

6. Beratung und Beschlussempfehlung über die öffentliche Widmung der Straße im Bereich des Ferienhausgebietes Sehestedt - Süd

AV van Triel erklärte, Widmungen seien bislang i.d.R. nach der Erstellung der Straßen erfolgt, da mit der Widmung die Verkehrssicherungspflicht auf die Gemeinde übergehe. Auf seine Nachfrage erklärte FBL Pöpkén, es sei geplant zu Beginn des Jahres 2018 Vorausleistungen auf die Erschließungsbeiträge zu erheben.

BM Kaars erklärte auf Nachfrage von Herrn Rettberg, ein Straßenname sei bereits vergeben.

Beschluss:

Der Ausschuss für Planen, Bauen und Umwelt empfahl dem Rat der Gemeinde Jade einstimmig, die Straße im Bereich des Ferienhausgebietes Sehestedt – Süd (1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 51) für den öffentlichen Verkehr zu widmen.

Hinweis: Die Straße wurde in „Brachvogelweg“ benannt (GR -03.09.2013)

7. **Beratung und Beschlussempfehlung über die Bereitstellung von Haushaltsmitteln im Haushalt 2018 für die Einrichtung eines Jugendzentrums in der ehemaligen Sozialstation Jaderberg (Tiergartenstraße 52)**

BM Kaars berichtete zum bisherigen Ablauf und dass auch andere räumliche Optionen geprüft wurden. Derzeit seien jedoch keine Räumlichkeiten verfügbar. Daher sei durch einen Architekten eine Kostenschätzung erfolgt, die mit rd. 211 T € (ohne Fahrstuhl 153 T €) endete.

Herr Brammer wies darauf hin, dass im Arbeitskreis Haushaltskonsolidierung um Möglichkeiten zur Verbesserung der Haushaltssituation gerungen wurde und Steuererhöhungen nicht vermeidbar sein würden. Auch vor dem Hintergrund der anderen anstehenden Maßnahmen (z.B. Feuerwehrgerätehäuser) sei diesen Baukosten nicht akzeptabel.

Es sei merkwürdig, dass sich die Baukosten in den letzten Sitzungen verdreifacht hätten, erklärte Herr Rettberg. Die Vorlage sei nicht seriös. Die dargestellten Summen seien Luxusmaßnahmen. Es sei nicht notwendig, beide Treppen auszutauschen, die Sanitäreanlage werde auch vom Familien – und Kinderservicebüro genutzt und die Kosten für Bauantrag und Planung seien sehr hoch. Die Kostenschätzung lag bei der Fraktionssitzung noch nicht vor, daher sollte die Vorlage zurück in die Fraktionen gegeben werden. Er wies weiter darauf hin, dass für die Sanierung des Daches über diesem Gebäudeteil 86 T € eingeplant seien. Damit müsse die Gemeinde Interesse an einer Nutzung des Gebäudes haben. Eine Suche nach räumlichen Alternativen erübrige sich aus seiner Sicht für das Jugendzentrum. Er halte die ursprüngliche Summe von rd. 54 T € für ausreichend zur Umsetzung der Maßnahmen. Da könne auch Eigeninitiative eingefordert werden. Noch günstiger sei die Umsetzung wohl nicht möglich.

AV van Triel erklärte, der Jugendtreff sei dem Grunde nach beschlossen. Er bemängelte, dass immer noch nicht eine konkrete Planung für die Maßnahme vorliegen würde. Es sei zweifelhaft, ob die vorhandene Treppe getauscht werden müsse. Ziel müsse es sein, Synergien mit dem Familien – und Kinderservicebüro zu nutzen. Die Beschlussvorlage könne keine Entscheidungsgrundlage sein. Eine Entscheidung sei auf der Grundlage nicht möglich. Es müsse eine vernünftige, seriöse Planung unter dem Gesichtspunkt der Minimierung der Kosten aufgestellt werden. Er wies darauf hin, dass selbst bei einem Leerstand die Sanierung des Daches erfolgen müsse. Die Lage des Jugendzentrums im „Sozialen Zentrum von Jaderberg“ sei ideal.

Herr Brammer erklärte, der vor Jahren gefasste Beschluss sei seines Erachtens nicht bindend. Er treffe die Entscheidungen unabhängig davon. Im Übrigen sei ein Jugendzentrum in einem Grundzentrum wie Jaderberg nicht erforderlich. Es sei sinnvoller, die Mittel den örtlichen Vereinen zur Verfügung zu stellen. Es seien nur wenige Jugendliche betroffen. AV van Triel wies darauf, dass die grundsätzlichen Entscheidungen im Ausschuss für Bildung, Kultur und Soziales erfolgten. Herr Rettberg ergänzte, die grundsätzliche Entscheidung stehe nicht in Frage. Der Präventionsrat sehe sehr wohl eine Notwendigkeit für ein Jugendzentrum. Das sei dort eindrücklich dargestellt worden.

BM Kaars stellte klar, dass eine grundsätzliche Entscheidung zum Jugendzentrum getroffen worden sei. Es gehe nunmehr um die bauliche Entscheidung. Ihm seien keine Alternativen in Jaderberg mehr bekannt und konnte sich vorstellen, einen Aufruf an die Bürger und Bürgerinnen zu starten, sich zu melden, falls sie über geeignete Räumlichkeiten verfügten.

AV van Triel unterbrach die Sitzung.

Ein Anwohner des geplanten Jugendzentrums erklärte, bereits 2015 in einem Brief auf die Nachbarschaftsproblematik hingewiesen zu haben. Dieser Brief sei auf Nachfrage bei einem Ratsmitglied dort nicht bekannt. Er wies auf die Entwicklung der Nutzung des Grundstückes von einer Schule über eine zunächst nur vormittags geöffneten Kindertagesstätte bis zu einer inzwischen ganztags geöffneten Kindertagesstätte hin. Die Belastung der Nachbarn sei stetig gestiegen. Nunmehr werde befürchtet, dass durch das Jugendzentrum auch am Abend Lärm entstehen könnte. Der Trubel auf dem Kindergartengrundstück sei sehr konzentriert und stelle ein „Lärmgemisch“ dar. Es sollte nach Alternativen gesucht werden. Zudem müsse doch sichergestellt sein, dass auch Menschen mit Handicap ein Jugendzentrum nutzen könnten.

Herr Rettberg nahm hierzu Stellung und erklärte, bei den besichtigten Jugendzentren habe es keine Belästigungen der Nachbarschaft gegeben. Er hielt es für befremdlich, dass die Unterbringung an einem anderen Ort gefordert werde.

AV van Triel erklärte, die Hinweise des Anwohners würden zur Kenntnis genommen.

Die Sitzung wurde fortgesetzt.

AV van Triel forderte eine konkrete Planung für eine weitgehende Entscheidung. Herr Schröder schlug vor, Fachleute wie auch den Landkreis in die weiteren Planungen einzubeziehen. Herr Rettberg monierte, dass für Inklusionsmaßnahmen rd. 300 T € bereitgestellt werden sollten. Hier wären auch temporäre Containerlösungen vorstellbar.

Herr Brammer wies auf die Folgekosten für den Betrieb hin und schlug vor, den Sachverhalt erneut in die Fraktionen zur Beratung zu geben.

AV van Triel stellte die vorsorgliche Einstellung von Mitteln für die Umsetzung zur Diskussion. Es müsse dabei eine kostenschonende Planung erfolgen. Es sei nicht im Bauausschuss besprochen worden, dass das Familien – und Kinderservicebüro im Erdgeschoss gebracht werden solle. Das Schaffen von Fakten sei nicht in Ordnung.

Herr Rettberg vermisste die Unterstützung der Verwaltung bei der Suche nach Finanzierungsmöglichkeiten. Er stelle sich vor, dass die Investoren am Brandts Weg sich an den Kosten beteiligen sollten bzw. eine Infrastrukturabgabe zahlen. BM Kaars wies am Beispiel der Windparks darauf hin, dass direkte Kopplungen an Bebauungspläne nicht zulässig seien. Das sei in dem Zusammenhang geprüft worden. Herr Brammer erklärte, eine Infrastrukturabgabe sei dem Grunde nach zwar möglich, sie könne jedoch nicht zweckgebunden verwendet werden. Er schlug vor, eine Summe für die Umsetzung mit einem Sperrvermerk einzustellen. Er halte zudem ein Jugendzentrum für eine originäre Aufgabe des Landkreises, der sich finanziell beteiligen solle. AV van Triel erklärte, die Aufgabe sei durch den Kindergartenvertrag den Kommunen übertragen worden.

Herr Rettberg schlug vor, 54 T € mit einem Sperrvermerk in den Haushalt 2018 einzustellen. AV van Triel ergänzte, es müssten zumindest Planungsmittel eingestellt werden. BM Kaars stellte auf Hinweis von Herrn Rettberg klar, dass eine hausinterne Prüfung nicht möglich sei. Herr Hanke erklärte, eine konkrete Planung sei wichtig.

AV van Triel machte einen Beschlussvorschlag, über den nachfolgend abgestimmt wurde.

Beschluss

Der Ausschuss für Planen, Bauen und Umwelt empfahl dem Rat der Gemeinde Jade mit 4 Ja – Stimmen und einer Nein – Stimme, für die Planungsleistungen zum Jugendzentrum Mittel in Höhe von 20.000,- € in den Haushalt 2018 einzustellen.

8. Beratung und Beschlussempfehlung über die Bereitstellung von Haushaltsmitteln für das Strandbad Sehestedt im Haushaltsjahr 2018

FBL Pöpken erläuterte auf Nachfrage von Herrn Rettberg, die Zahlungen für ehrenamtliche Tätigkeit seien für den Wachdienst der DLRG an den Wochenende vorgesehen. Er erklärte auf den Hinweis von AV van Triel weiter, es handele sich hier um die laufenden Aufwendungen wie in den Vorjahren auch. Die Darstellung zur Gesamtplanung Sehestedt sei im Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Tourismus erfolgt. Sie würden nach Abstimmung mit den Fachbehörden zum Bauausschuss vorgestellt.

Beschluss:

Der Ausschuss für Planen, Bauen und Umwelt empfahl dem Rat der Gemeinde Jade einstimmig, die in der Anlage zur Beschlussvorlage stehenden Ansätze für das Strandbad Sehestedt im Haushaltsjahr 2018 bereitzustellen.

9. Beratung und Beschlussempfehlung über die Bereitstellung von Haushaltsmitteln für Instandsetzungen und Reparaturen an gemeindeeigenen Gebäuden sowie Straßen für die Haushaltsjahre 2018 - 2021

FBL Pöpken widersprach den Darstellungen, der Austausch der Duschpanelen in der kleinen Turnhalle Jaderberg seien investiv zu betrachten. Herr Hanke erklärte hierzu, es solle eine Risikobetrachtung erfolgen, da das Gesundheitsamt Maßnahmen nicht fordern könne. Aus seiner Sicht sei keine Gefahr im Verzug, da die Anlagen regelmäßig genutzt würden. Herr Rettberg ergänzte, eine Fristsetzung sei nicht erfolgt durch das Gesundheitsamt. Er regte zudem als vorübergehende Maßnahme an, der Hausmeister könne regelmäßig den Wasserfluss aufrecht erhalten, in dem er die Duschen in Betrieb setze.

AV van Triel wies darauf hin, dass er mit dem Bauamt besprochen habe zu prüfen, ob die Dachsanierung bei der ehem. Sozialstation vorgezogen werden solle, da das Dach defekt sei. Im Übrigen seien nur wenige Möglichkeiten zum Einsparen erkennbar.

FBL Pöpken erklärte, nach den bisherigen Beratungen in den Fachausschüssen und den Vorschlägen zum heutigen Fachausschuss belaufe sich der Fehlbedarf 2018 auf rd. 270 T €. Auf Grund der finanziellen Entwicklung beim Landkreis sei eine Sonderzahlung des Landkreises an die Kommunen in Aussicht gestellt worden. In der heutigen Sitzung des Finanzausschusses beim Landkreis werde über ein Ausschüttungsmodell beraten. Dadurch sei es möglich, dass die Gemeinde Jade im Jahr 2018 sogar einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen könnte.

BM Kaars erklärte, der Landkreis weise in seinem Haushalt einen erheblichen Überschuss aus. Die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister hätten eine Beteiligung der Kommunen an diesem Überschuss gefordert. Er habe Informationen erhalten, wonach die Kommunen mit 3,0 Mio € beteiligt werden sollten. Dafür werde jedoch 2018 der Strukturausgleichsfonds für strukturschwache Kommunen ausgesetzt. Die gemeinsame Forderung der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister habe die Beibehaltung des Strukturausgleichsfonds enthalten. Ohne Absprache habe die Gemeinde Butjadingen nunmehr die Aussetzung des Fonds unter Einbeziehung der Mittel in die Gesamtzahlung gefordert. Hintergrund sei, dass die Gemeinde Butjadingen das erste Mal seit Jah-

ren eine höhere Finanzkraft ausweise und voraussichtlich keinen Anspruch auf eine Zahlung gehabt hätte. Die meisten Kreistagsfraktionen hätten sich diese Betrachtung zu Eigen gemacht und einen dementsprechenden Antrag an die Kreisverwaltung gestellt.

FBL Pöpken berichtete, auf die Gemeinde Jade würde voraussichtlich ein Anteil in Höhe von 208 T € entfallen. Damit seien zum Haushaltsausgleich Einsparungen in Höhe von rd. 62 T € erforderlich. Die Gelegenheit zum ausgeglichenen Haushalt sollte genutzt werden.

BM Kaars schlug vor, die Fenster an der Grundschule Schweiburg (10 T €) in das Folgejahr zu verschieben. Ebenso sollte die Dachsanierung am Kindergarten Jaderberg insgesamt um ein Jahr verschoben werden. Weiter könnte der Ansatz für die Sanierung der Beete auf 5 T € reduziert werden.

Herr Brammer stellte in Frage, ob der Austausch der Fußbodenbeläge an der Grundschule Schweiburg veranschlagt werden müsse. Es handele sich um einen Gewährleistungsfall, bei dem Ansprüche geltend gemacht werden müssten.

Herr Rettberg mahnte, dass durch das Verschieben von Maßnahmen Kostensteigerungen nicht entstehen dürften. Er schlug die Reduzierung des Ansatzes für den Austausch der Duschpanele auf 20 T € vor.

Auf Nachfrage von AV van Triel erklärte FBL Pöpken, Mittel für allgemeine Reparaturen seien neben den dargestellten Maßnahmen stets im Haushalt vorgesehen.

Herr Schröder schlug den Verzicht auf die Sanierung von Straßenbeeten in 2018 vor.

AV van Triel fasste die Vorschläge zusammen und stellte zur Abstimmung:

- a) Verschiebung der Maßnahmen zur Sanierung des Daches am Kindergarten Jaderberg nach 2019 – 50.000,- €
- b) Kürzen des Ansatzes für die Sanierung der Straßenbeete auf 5.000,- € (Reduzierung um 5.500,- €)
- c) Reduzierung des Ansatzes für die Fenster in der Grundschule Schweiburg (Folierung) auf 5.000,- € (Reduzierung um 5.000,- €)

Die Ausschussmitglieder stimmten den v.g. Änderungen einstimmig zu.

Beschluss:

Der Ausschuss für Planen, Bauen und Umwelt empfahl dem Rat der Gemeinde Jade einstimmig, im Ergebnishaushalt 2018 Mittel für die Sanierung der gemeindeeigenen Gebäude gemäß anliegender Liste (**Anlage 1**) bereitzustellen.

10. Beratung und Beschlussempfehlung über die Bereitstellung von Haushaltsmitteln für investive Maßnahmen an gemeindeeigenen Gebäuden sowie Straßen für die Haushaltsjahre 2018 – 2021

FBL Pöpken berichtete zur Entwicklung der Darlehensaufnahme. Zum Haushalt 2017 war für 2018 eine Darlehensaufnahme nicht ausgewiesen. Auf Grund der sehr erfreulichen Entwicklung beim Verkauf der Grundstücke bei den Stindt-Flächen, wodurch in den Folgejahren weniger Verkaufserlöse zur Verfügung stünden, sowie des Baus der Krippe in Schweiburg sei im Verwaltungsentwurf ein Darlehensbedarf in Höhe von rd. 410 T € ausgewiesen worden. Auf Grund der bisherigen Beschlüsse sei die Darlehensaufnahme auf 645 T € gestiegen zzgl. der heutigen Beschlüsse. Ziel müsse die Reduzierung der Darlehensaufnahme sein, da diese ein großes Problem für die Ent-

wicklung darstelle. Er schlug vor, die Mittel für den Sanitärcontainer zu streichen, da dieser Austausch noch im Jahr 2017 aus Mitteln zur Herstellung des Parkplatzes Jaderberg erfolgen könne. Zudem regte er an, den Erwerb des PKWs für den Bauhof nach 2019 zu verschieben, da dieses Fahrzeug noch weiter genutzt werden könne, während der Opel Movano seit dem Sommer defekt sei.

Die Ausschusssmitglieder stimmten den v.g. Änderungen einstimmig zu.

Beschlussempfehlung:

Der Ausschuss für Planen, Bauen und Umwelt empfahl dem Rat der Gemeinde Jade einstimmig, im Finanzhaushalt 2018 Mittel für investive Maßnahmen der gemeindlichen Gebäude und Einrichtungen gemäß anliegender Liste (**Anlage 2**) bereitzustellen.

11. Beratung und Beschlussempfehlung über die Anwaltsschreiben bezüglich der 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 16 „Jader Straße / Vareler Straße“

Herr Rettberg verwies auf das Schreiben des Rechtsanwalts Gieseemann, in dem ange-regt werde, die bisherigen Planungen so zu belassen, um sich nicht angreifbar zu ma-chen. Herr Brammer stimmte dem zu. AV van Triel sprach sich ebenfalls dafür aus, die bisherige Planung für eine geordnete städtebauliche Entwicklung beizubehalten und eine Änderung der 3. Änderung zum Bebauungsplan Nr. 16 nicht vorzunehmen.

Herr Hanke wies darauf hin, dass der Erwerb des Grundstücks wohl in der Erwartung der Umsetzung von Plänen erfolgt sei. Wenn dies nicht mehr möglich sein sollte, könn-te es darauf hinauslaufen, dass der aktuelle, unansehnliche Zustand noch lange so bleibe. Daher sei eine Annäherung wichtig.

Herr Brammer erklärte, der Gemeinderat habe sehr gut abgewogen, die 3. Änderung in der vorliegenden Form zu beschließen. Ziel sei eine geordnete Entwicklung im Ort Ja-derberg und nicht die Ziele einzelner. Zum angedrohten Normenkontrollverfahren er-klärte, dass es durch die Änderung der VWGO jetzt zwar zulässig sei, ob es aber auch begründet sei, könne bezweifelt werden. Sollte man nunmehr eine Annäherung versu-chen, könnte dies so verstanden werden, dass die bisherige Planung als fehlerhaft be-trachtet würde. Eine Anpassung hätte zudem auch für andere Grundstückseigentümer Signalwirkung. Er habe keine Zweifel an der Beschlusslage und würde ein gerichtliches Verfahren abwarten.

BM Kaars wies auf das letzte Schreiben des Rechtsanwaltes des Grundstückseigen-tümers hin. Dort sei Gesprächsbereitschaft signalisiert worden. Es gebe damit zwei Optionen. Zum einen könne der Bebauungsplan so belassen werden, dann müsse mit einer Klage gerechnet werden. Zum anderen könne man das Gespräch mit dem Grundstückseigentümer suchen.

AV van Triel stellte dar, dass zum Erreichen einer geordneten städtebaulichen Entwick-lung am Bebauungsplan festgehalten werden solle. Es gäbe ausreichend Autover-kaufsflächen, nicht nur vom derzeit betroffenen Grundstückseigentümer. Es werde in-zwischen in der Ortschaft ein großflächiger Autohandel mit überregionaler Bedeutung betrieben. Inwieweit dies noch mit den Zielen der Raumordnung korrespondiere, müsst-e hinterfragt werden. Bei den in Frage kommenden Flächen handele es sich um sehr wertvolle Flächen zur Entwicklung im Ortskern. Diese könnten bei der demografischen Entwicklung noch Bedeutung erlangen. Zudem dürfe sich die Gemeinde Vorstellungen anderer nicht vorschreiben lassen, damit die kommunale Selbstverwaltung erhalten bliebe. Konkrete Absichten des Grundstückseigentümers lägen bisher nicht vor.

Herr Schröder verwies auf die dokumentierte Gesprächsbereitschaft des Eigentümers. Man solle jedem Bürger die Möglichkeit einräumen, seine Vorstellungen darzulegen

und dann ggfs. nach Lösungen suchen.

Die Änderung eines Bebauungsplanes könne von jedem Bürger beantragt werden, erklärte Herr Brammer. Auch sei es jedem Bürger möglich, in den Sitzungen Fragen zu stellen. Es sei ihm wichtig, dass die Verfahren und Abläufe für Bebauungsplanänderungen für alle Bürger gleich seien. Konkrete Planungen seien seiner Meinung erst im Rahmen der Umsetzung der Straßenkreuzungen erforderlich. Bis dahin solle der Bebauungsplan Nr. 16 ohne Antrag nicht erneut geändert werden.

Der Grundstückseigentümer habe keinerlei konkrete Vorstellungen vorgetragen, was er beabsichtige. Sein Ziel sei ausschließlich die Planänderung. Dafür könne er einen Antrag einreichen, der hinreichend zu begründen sei, erklärte Herr Rettberg.

AV van Triel fasste zusammen und stellte nachfolgende Beschlussempfehlung zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Ausschuss für Planen, Bauen und Umwelt empfahl dem Rat der Gemeinde Jade einstimmig, die bisherige Planung für eine geordnete städtebauliche Entwicklung beizubehalten und eine Änderung der 3. Änderung zum Bebauungsplan Nr. 16 nicht vorzunehmen und den Grundstückseigentümer zur nächsten Ausschusssitzung einzuladen, damit er seine Planungswünsche vorstellen kann.

12. Einwohnerfragestunde

Auf Nachfrage eines Bürgers erklärte BM Kaars, für die Grundstücke Jader Straße / Vareler Straße habe die Gemeinde Interesse bekundet. Inwieweit weitere Interessen aktiv gewesen seien, sei nicht bekannt.

Der Bürger, der sich zum Jugendzentrum geäußert hatte, erklärte, er fühle sich mit seinen Befürchtungen nicht wahr genommen und fühle sich „mundtod“ gemacht. Den Vorschlag von BM Kaars, einen Aufruf in der Bevölkerung nach einem geeigneten Grundstück zu starten, finde er gut. Vielleicht ließe sich so eine gemeinsame, gute Lösung finden. BM Kaars wies darauf hin, dass das Schreiben aus dem Dezember 2015 alle damaligen Ratsmitglieder erhalten hätten.

Ende der Sitzung: 20.10 Uhr

Protokollführer

Bürgermeister

Ausschussvorsitzender

Vorstehende Niederschrift wurde in der Sitzung des Ausschusses für Planen, Bauen und Umwelt am _____ genehmigt.